

# Gesellschaftliche Teilhabe sichern!

Zur Eröffnung des arbeitspolitischen Jahres 2014 veranstaltete die Linksfraktion ihr traditionelles Neujahrspressegespräch mit Ina Leukefeld: „Arbeit ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe. Nicht ohne Grund haben bei einer aktuellen ermid-Umfrage die Thüringerinnen und Thüringer ‚Gute Arbeit‘ mit 70 Prozent zur wichtigsten Aufgabe der Politik ernannt.“

Von „Guter Arbeit“ für alle sei die Thüringer Realität jedoch nach wie vor weit entfernt. „34 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Gleichzeitig verdecken die sinkenden Erwerbslosenzahlen der letzten Jahre die realen Probleme wie Langzeitarbeitslosigkeit, die stabil über 35 Prozent der Arbeitslosen liegt.

Auch werden benachteiligte Gruppen, wie Menschen mit Behinderungen, alleinerziehende Frauen oder ältere Erwerbslose, aus dem Blickfeld gerückt. Hier bräuchte es endlich nachhaltige Programme, um auch die gesellschaftliche Teilhabe für diese Menschen zu sichern“, stellt die Arbeitspo-

litikerin fest. Leider zeige jedoch weder die Landes- noch die Bundesregierung Initiative für mehr an Beschäftigung. „Der neue Koalitionsvertrag der Bundesregierung kennt keine Initiative für öffentliche Beschäftigung und sieht



auch keinen Cent mehr Geld für die aktive Arbeitsmarktpolitik vor. Im Gegenteil: Mit dem Auslaufen der Bürgerarbeit wird dieser Bereich weiter geschmälert. Die Landesregierung verlässt sich auf den immer kleiner werdenden Topf der europäischen Fördermittel. Der neue Wirtschaftsminister Uwe Höhn erklärt sogar, dass man genug für die Beschäftigten getan hätte und sich nun endlich mehr um die Unternehmer kümmern müsse. Eigenes Geld für mehr Beschäftigung will die

Thüringer Landesregierung nicht in die Hand nehmen. Dies wäre aber dringend notwendig. Auch bei bester Arbeitsmarktlage können viele langzeitarbeitslose Menschen nicht direkt in den so genannten ersten Arbeitsmarkt integriert werden.

Deshalb kämpft DIE LINKE in Thüringen, gerade angesichts der Landtagswahlen in diesem Jahr, für einen Politikwechsel und damit auch für einen öffentlichen Beschäftigungssektor. Hier wollen wir im Gemeinwohlbereich mindestens 5.000 Stellen ausfinanzieren und so existenzsichernde Beschäftigung dort schaffen, wo sie gebraucht, aber seit Jahren nicht bezahlt wird. Dies betrifft insbesondere den sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich, wo wichtige Aufgaben warten und insbesondere die klammen Thüringer Kommunen dringend auf ein entsprechendes Programm öffentlich geförderter Beschäftigung warten.

Das wird auch zusätzliches Geld kosten, aber für DIE LINKE gilt auch in Thüringen: Lieber Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren und so die gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen in Thüringen sichern!“

Thomas Völker

## „Stubenkater in der Staatskanzlei?“

Eine Anfrage mit dem Titel „Stubenkater in der Staatskanzlei?“ hat Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion, am 10. Januar im Landtag eingereicht.

Der Anfragende bereite sich nicht nur auf die Veranstaltung „Herrliches, närrisches Thüringen“ vor, sondern würde sich im Übrigen freuen, von der Thüringer Staatskanzlei zur Landtagsitzung am 27. Februar, dem Tag der Weiberfastnacht, auf seine Anfrage erhellende Antworten zu bekommen, teile er in einer Presseinformation mit. Außerdem bemerkte Bodo Ramelow, dass er nicht beabsichtige, zum Faschingsauftakt als Garfield verkleidet zu gehen, seine Kostüme habe sich das Ehepaar Ramelow schon in Venedig ausgesucht.

Bei ihrer Nominierung als SPD-Spitzenkandidatin hatte Sozialministerin Heike Taubert gesagt, dass der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag „ein rundlicher Stubenkater“ sei und sie wolle ihm nicht in die Staatskanzlei verhelfen.

In der Anfrage von Bodo Ramelow heißt es: „Da bekanntermaßen das Reinheitsgebot zum Bierbrauen nicht in Bayern, sondern in Thüringen in Weisse zum allerersten Mal urkundlich erwähnt wurde, gibt es nachweislich die älteste Bierbrautradition hier in Thüringen. Dies ist offensichtlich auch bei der Wahrnehmung meines Körpers der Thüringer Gesundheitsministerin aufgefallen, obwohl ich mich bemühe, durch meine Kleidung dies ein wenig zu kaschieren, soweit sie das Adjektiv ‚rundlich‘ benutzt. Soweit sie aber unterstellt, dass sie entweder mich oder einen Stubenkater in die Staatskanzlei

### Wahlumfragen in Thüringen

In aktuellen Wahlumfragen entfernt sich die CDU Thüringen immer weiter von 40 Prozent.

05.11.2013 08.11.2013 27.12.2013



Created with [Tabletop](#)

Source: [Wahlumfragen.de](#), [Gutachter.de](#)

Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) hat für ihre Partei bei der Landtagswahl 2014 ein ehrgeiziges Ziel ausgerufen. „Wir wollen 40 Prozent plus X erreichen. Wir brauchen eine Gestaltungsmehrheit, damit nicht ohne uns regiert werden kann“, äußerte Lieberknecht gegenüber der Nachrichtenagentur dpa. Bei der Landtagswahl 2009 hatte die CDU allerdings nur 31,2 Prozent erreicht. Auch in aktuellen Wahlumfragen entfernt sie sich immer weiter von 40 Prozent.

(Grafik: St. Wogawa)

tragen solle, bleiben doch einige Fragen, die ich nun gewillt bin, der Landesregierung zu stellen. Ich frage:

1. Dürfen überhaupt, und zwar unabhängig ob rundlich oder nicht, Stubenkater in die Staatskanzlei?

2. Dürfen generell im Allgemeinen Haustiere mit in die Staatskanzlei gebracht werden, so z. B. Jack Russell Terrier?

3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, damit keine kleinen grauen Mäuschen in der Staatskanzlei sich der Akten bemächtigen?

4. Wäre nicht der Einsatz eines Stubenkaters sinnstiftend, falls ggf. Mäuse in der Staatskanzlei sich verbreiten oder gar auf dem Tisch tanzen?“

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### MDR und Moral

Alles begann friedlich, am 22. Dezember 2013 in den Untiefen der Sozialen Netzwerke. Beim Kurznachrichtendienst Twitter meldete MDR Thüringen (@mdr\_th): „Laut @focus-politik soll Ex-Wirtschaftsminister #Machnig im Sommer Staatssekretär bei Bundeswirtschaftsminister @sigmargabriel werden.“ So weit, so schlecht. „Ob er dann seine Konten besser im Blick hat?“, fragte ich zurück. Der MDR reagierte: „Die Frage ist doch eher, ob im Bund Gehalt und Pension verrechnet oder doppelt gezahlt werden. Wissen Sie es?“ Das wusste ich nicht: „Nee. Aber ich informiere mich, wenn er es wirklich wird... ;) Hauptfrage: Wäre so anrühiges Personal Mut oder Frechheit der #SPD?“ Nun wollte der MDR Kante zeigen: „Für moralische Fragen sind wir glaube ich nicht die perfekten Ansprechpartner. Wir halten uns lieber an Fakten.“ Das sollte man sich merken, erklärt es doch manches beim MDR. Nun folgte ein lustiger Tweet-Wechsel.

Ich: „Für Moral nicht zuständig? Komisches Verständnis von Journalismus... Und was sind „Fakten“? Was ihr dafür haltet?“

MDR: „Fakt wäre, was die Bundesgesetze zu Gehalt + Pension sagen. Und ob anrühig oder nicht, ist IMHO eine moralische Frage.“ (IMHO ist Netzslang für: meiner Meinung nach.)

Ich: „Die letzten Monate mit „Affäre Machnig“ in Thüringen habt ihr verpasst? Oder seid in der Auslandsabteilung gewesen? Sportredaktion?“

MDR: „Wenn Sie wollen, schicken wir ihnen die Links aller Machnig-Onlineartikel von uns. Aber nochmal: Wir urteilen nicht über Moral.“

Ich (abschließend): „Der Witz war schon vorhin nicht lustig. Aber ich suche immer Themen für meine Kolumne, warum nicht „#MDR und Moral“. Aber erst 2014.“ Was hiermit geschehen ist.

P.S. Warum die Zickigkeit der MDR-Leute? Weil sie am 22.12. arbeiten mussten?

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.